

DER HAUPTSTADTBRIEF

111. Ausgabe | 2012 INFORMATIONEN- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN

14. Jahr | 5 Euro



MEDIA/TEK DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION © EUROPÄISCHE UNION

Auf der Suche nach Europas Zukunft

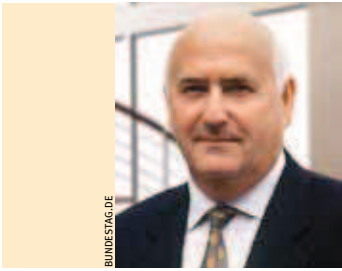
Damit die Europa-Idee im Strudel der Eurokrise nicht untergeht, ist es an der Zeit, diese große Idee nicht länger klein zu reden. Der Gedanke einer Gemeinschaft in Vielfalt steht gegen das Konzept der EU als Einheitsstaat, der von oben durchgreift.

Werner Weidenfeld: Die EZB wandert am Vertrauensabgrund | S. 4

Jörg Rocholl: Die Niedrigzinspolitik hat Risiken und Nebenwirkungen | S. 8

Dietrich Murswiek: Karlsruhe rettet uns nicht vor den Euro-Retttern | S. 23

Hans Kremendahl: Skizze für ein Europa der Vielfalt und Demokratie | S. 34



Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Die Europäische Zentralbank – Gratwanderung am Vertrauensabgrund

Die EZB gerät in die Debatte um die großen strategischen Reformperspektiven der Europäischen Union. Die Neuordnung der Macht in Europa steht an

Von Werner Weidenfeld

Europa bietet packende Dramen. Mediale Zuspitzungen vermitteln an manchen Tagen stündlich sensationelle Meldungen. Mal ist von Alpträumen, mal von Abgründen und drohenden Katastrophen die Rede. Die Märkte reagieren nervös, die Politik sucht nach Erklärungen auf drängende Fragen – und deutlich mehr als zwei Drittel der Europäer antworten den Demoskopern, dass sie das alles nicht verstehen.

In der Geschichte der europäischen Integration ist es nicht das erste Mal, dass es zu einem solchen Krisenphänomen kommt. Der Integrationsprozess ist im Grunde eine Abfolge von Erfolgen und Krisen. Über die Dialektik von Erfolgsgeschichte und Krisengeschichte ließen sich dicke Bücher schreiben:

- Als beispielsweise in den 1950er-Jahren die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) scheiterten, begann man sofort den Weg zu den Römischen Verträgen (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EWG, und Europäische Atomgemeinschaft, Euratom) zu ebnen.

- Als Anfang der 60er-Jahre die Fouchet-Verhandlungen scheiterten, einigte man sich auf den Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag.
- Als Anfang der 80er-Jahre Europa in das tiefe Tal der „Eurosclerose“ absank, brach man zur Vollendung des Europäischen Binnenmarkts auf, ein Projekt, das mit der Wirtschafts- und Währungsunion gekrönt werden sollte.
- Als rund 20 Jahre später die Europäische Verfassung an den Volksabstimmungen in

*Ein Verschludern
der ökonomisch-politischen
Kultur hat zu einem Desaster
der Überschuldung in etlichen
Ländern geführt.*

Frankreich und den Niederlanden scheiterte, schuf man als Ersatz den Lissabon-Vertrag. Die Dialektik von Krise und Erfolg in Europa ist also evident.

- Gilt diese Dialektik auch für die aktuelle Herausforderung? Die Krise ist dramatisch. Ein Verschludern der ökonomisch-politischen Kultur in vielen Ländern der Europäischen Union hat zu einem Desaster der Überschuldung in etlichen Ländern geführt. Man hat es zugelassen, dass die Stabilitätskriterien nicht eingehalten wurden. Die EU durfte keine eigenen Daten erheben, sondern verhedderte sich im Datenschwung nationaler Angaben.

Der Frankfurter Neubau der Europäischen Zentralbank EZB im Licht eines Septemberabends 2012. Das Gebäude wird über eine Milliarde Euro kosten und damit 350 Millionen Euro mehr als von der EZB geplant. Aufgabe der EZB ist es, unser Geld zu hüten.



PICTURE ALLIANCE/DPA/BONIS ROESLER

Nichts von dieser Grundproblematik ist neu. Alles lag bereits vor 20 Jahren bei den Beratungen um den Vertrag von Maastricht auf dem Tisch. Man wusste: Jede Währung braucht einen politischen Rahmen zur stabilen Abstützung und zum Eingriff gegen Krisen. So war es beim US-Dollar geregelt, genauso bei der japanischen und der chinesischen Währung. So sollte es auch beim Euro sein. In der Debatte im Deutschen Bundestag kurz vor der Konferenz von Maastricht erklärte Bundeskanzler Kohl unter dem Beifall der Abgeordneten, die Annahme, man könne die gemeinsame europäische Währung ohne politischen Rahmen gestalten, sei abwegig. Und dennoch kam es dazu. Die Währung erhielt in Maastricht keinen politischen Rahmen. Alle diese Erwartungen schob man in einen einzigen Artikel des Vertrags von Maastricht – die Ankündigung eines neuen Vertrags. Dazu aber kam es in den Schönwetter-Zeiten der Euro-Anfangsjahre nicht. Der Druck war verschwunden.

Aus der großen Agenda Wahrungunion war ein einziges Element in Maastricht intensiv beraten, detailliert ausgearbeitet und präzise verabschiedet worden: die Europäische Zentralbank (EZB), die ein wirkungsvoller Garant der Währungsstabilität sein sollte. Es hatte dazu einen großen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland gegeben, ob die EZB nach dem deutschen Modell der Bundesbank oder dem französischen Modell der Nationalbank organisiert werden sollte. Das deutsche Modell setzte sich durch.

Der Kern des kennzeichnenden Profils sollten sein: Unabhängigkeit und Kompetenz. Die notwendigen Entscheidungen zur Sicherung der Stabilität des Euro sollten in dem Areopag der unabhängigen Fachkompetenz gefällt werden. Aus der Distanz der Unabhängigkeit, aus dem Mythos der Unangreifbarkeit sollten Signale gesendet werden, an denen sich Märkte wie

Politik orientieren konnten. Die Autorität der Europäischen Zentralbank sollte nicht durch Interessenskonflikte und divergierende Kämpfe voller massenmedialer Zuspitzung beschädigt werden. Die logische Konsequenz war eine unglaublich starke Vertrauensstellung der EZB. Da mochten sich die nationalen Regierungen oder die Europa-Parlamentarier, die Mitglieder der Kommission, die Parteien, die Interessensverbände streiten und die medialen Akteure beliebige Zuspitzungen liefern, eine Instanz sollte von alledem unabhängig bleiben und die wesentliche Quelle des Vertrauens sein: die Europäische Zentralbank.

Aber gilt das alles heute noch? Nein – die Europäische Zentralbank ist zu einem Akteur unter etlichen Akteuren im Ringen um die Währung geworden. Da werden Kämpfe aus dem Direktorium der EZB im Detail berichtet. Da werden personale Besetzungsstreitigkeiten um einzelne Führungspositionen öffentlich berichtet. Da kommt es zu spektakulären Rücktritten und zu greifbaren Kungeleien. Der Anteil der Frauen in den Führungsämtern wird ebenso kritisch debattiert wie die Stimmgewichtung in den Gremien. Die Regelungen der Abstimmungsprozeduren werden problematisiert. Die britische Regierung verklagte die Europäische Zentralbank vor dem Europäischen Gerichtshof, weil sie eine Beschädigung des Finanzplatzes London sieht.

Die Konsequenz aus alledem: Die Europäische Zentralbank wird aus dem vertrauensstiftenden Areopag mythologischer Entrücktheit herausgerissen. Das Schlüsselkapital, das große Gut einer jeden Währung, nämlich „Vertrauen“, wird verzehrt und verschlissen. Im politischen und ökonomischen Leben, das in jeder Minute von einem Vorschuss an Vertrauen lebt, kommt ein solcher Vertrauensentzug gleichsam einem Sauerstoffentzug gleich. Entsprechend wird inzwischen praktisch jede Aktion der Europäischen Zentralbank kontrovers, ja manchmal geradezu polarisiert begleitet.

So hatte sich wohl niemand bei den Verhandlungen um den Vertrag von Maastricht die hohe Autorität der Europäischen Zentralbank vorgestellt: die EZB als einer von vielen Konfliktaktivisten in einer nur schwer überschaubaren Szene der kämpferischen Auseinandersetzung um Ausgestaltung eines krisengeschüttelten Währungssystems. Wir erleben einen politischen Rollenwechsel der EZB. Eine Rückkehr zu früherer Normalität ist nicht in Sicht. Mit dieser Realität hätte man wohl nicht die immer wieder gestellte Frage „Welches Europa wollen wir?“ beantwortet. Und nun wird es immer konkreter.

Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Rettungsschirm ESM steht: „Ein Erwerb von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch die Europäische Zentralbank, der auf von den Kapitalmärkten unabhängige Finanzierung der Haushalte der

Die Europäische Zentralbank ist zu einem Akteur unter etlichen Akteuren im Ringen um die Währung geworden.

„Mitgliedsstaaten zielt, ist als Umgehung des Verbotes monetärer Haushaltsfinanzierung (...) untersagt.“ Die Klärung dieser sensiblen Rechtsfrage ist noch offen. Die EZB erklärt,

dass sie nur dann Anleihen kaufen will, wenn der emittierende Staat wirtschaftspolitische Auflagen des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM erfüllt. Daraus aber ergibt sich die Verbindung zwischen EZB und Gouverneursrat des ESM, also eine relevante Beziehung zu den Finanzministern der Euro-Staaten. Und schon beginnt die Debatte, ob die Schuldenbremse aus diesem Prozess denn richtig sei. Es sei durchaus legitim, Euro-Hilfe nur gegen Bedingungen zu gewähren. Es sei aber zweifelhaft, ob sich diese Maßnahmen allein im Sparen erschöpfen dürften. Es gelte vielmehr die ganze Bandbreite alternativer Auflagen zu nutzen.

Mit diesen Auseinandersetzungen gerät die Europäische Zentralbank nun in die Debatte um die großen strategischen Reformperspektiven der Europäischen Union. Da sind zunächst die Entscheidungsprozesse zu präzisieren. Aus bisherigen Empfehlungen der EU-Kommission

zur Währungspolitik sollen sanktionsfähige Entscheidungen werden. Der Währungskommissar soll eine mächtige Figur werden. Das aber löst sofort Folgefragen nach der künftigen Machtarchitektur der EU aus: Wer hat dann wirklich das Sagen? Die übereinstimmende Beurteilung dieser Frage lautet: „Das ist ein heißes Eisen.“

Das scheue Reh namens Geld braucht eine elementare Grundlage: Vertrauen. Wenn seine Insti-

zwischen auch das selbstbewusster auftretende Europäische Parlament ein. Ein effektiver, zielführender Entscheidungsprozess ist auf diese Weise nicht zu organisieren.

Dennoch ist der Machtzuwachs „Europas“ unübersehbar; der Souveränitätsverzicht der Staaten geht weiter. Zur Krisenbewältigung wird „Mehr Europa“ gefordert. Aber wird das alles von den Europäern mitvollzogen? Bedeutet ein „Mehr Europa“ nicht

zugleich ein „Weniger Demokratie“? Die Frage nach der Legitimation Europas ist gestellt. Der demokratische Wahlakt als Ausdruck der Volkssouveränität bietet die fundamentale Quelle moderner Legitimation. Aber im Blick auf das Europäische Parlament ist bisher nicht die Gleichheit der Wahl gewährleistet, die Distanz zwischen Parlament und Bürger wächst. In der Europäischen Union sind die



Zwei wichtige Hüter unseres Geldes: Jörg Asmussen (links) ist deutsches Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank, der Italiener Mario Draghi ist Präsident der EZB. Die EZB steht nicht länger über den Dingen, sie ist Teil des Erosionsprozesses der politischen Kultur geworden.

tutionen aber voll in die Machtkämpfe einbezogen werden, dann wird es in alle Grundsatzfragen der Neugestaltung der EU und der Steigerung ihrer Handlungsfähigkeit involviert. Der Lissabon-Vertrag hat zwar ein Arsenal von Führungssämtern komponiert, aber deren Zuordnung offen gelassen. Präsident des Europäischen Rates, Präsident des Ministerrates, Präsident der Kommission, Hoher Repräsentant der Außen- und Sicherheitspolitik, Vorsitzender des Euro-Rates – alle diese Ämter arbeiten im Wesentlichen nebeneinander her.

In diesen Dschungel von Führungsverantwortungen mischen sich die Staats- und Regierungschefs der großen Mitgliedsstaaten und

Bürger dabei, der Politik ihr Vertrauen zu entziehen. Europa mutiert zur Misstrauensgesellschaft.

Die europäische Ebene verzeichnet also einerseits einen Bedeutungsgewinn – andererseits aber unterscheidet sie sich in nichts vom Erosionsprozess der politischen Kultur in den Mitgliedsstaaten. Die Europäische Zentralbank ist Teil dieses Prozesses geworden; sie steht nicht länger über den Dingen, sie sitzt zwischen den Stühlen. Hier wie dort besteht dringlicher Bedarf an Strategie, Zukunftsbild und Botschaft – aber hier wie dort wird nur punktuell, situativ und sprunghaft agiert. Auch für Europa liegt es auf der Hand: Das Grundmuster des Politischen muss sich ändern. ◆